

Beschluss des Landrates vom 08.02.2018

Nr. 1880

6. Änderung des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002 (SGS 640) zur Umsetzung der Motion 2016/017 «Verfassungskonforme Entscheidungen – Abschaffung Bildungsrat»

2017/273; Protokoll: bw

– *2. Lesung Bildungsgesetz*

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) erinnert daran, dass der Landrat an der letzten Sitzung die 1. Lesung mit Änderungen abgeschlossen habe.

I.

§ 39 Abs. 2 - § 83 Abs. 2 und 2^{bis}

Keine Wortbegehren.

§ 84 Abs. 1, 2, 2^{bis}, 3 und 4

Pascal Ryf (CVP) stellt einen redaktionellen Änderungsantrag zu § 84 Abs. 1 Buchstabe g. Zur Vereinheitlichung schlägt der Redner vor, «1 Vertreterin oder 1 Vertreter» zu «1 Mitglied» zu ändern.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag mit 81:0 Stimmen zu.

§ 85 Abs. 1 - § 112 Abs. 2 und Überschrift

Keine Wortbegehren.

II. – IV.

Kein Wortbegehren.

– *Schlussabstimmung*

://: Die Änderung des Bildungsgesetzes wird mit 43:40 Stimmen beschlossen. Das 4/5-Mehr wird nicht erreicht; somit kommt es zu einer obligatorischen Volksabstimmung.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Paul R. Hofer (FDP) stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, den Titel zu ändern. Ursprünglich wollte die FDP den Bildungsrat ganz abschaffen. Was die Regierung produziert resp. vorgelegt hat und für lange Diskussionen im Landrat sorgte, kommt eigentlich fast einem Gegenvorschlag gleich. Die Regierung schlägt die Gründung eines Beirates Bildung vor. Um es für eine allfällige Volksabstimmung einfacher und simpler zu machen, hat der Redner folgenden Vorschlag für eine Änderung des Titels:

Mitwirkung im Bildungswesen – Schaffung des Beirates Bildung

Dabei handelt es sich um eine klare Aussage dazu, worüber das Volk eventuell abstimmen muss.

Miriam Locher (SP) erklärt, dass sich die SP dezidiert gegen eine solche Änderung wehren werde. Es geht um die Abschaffung des Bildungsrates und um nichts anderes. Den Namen der Vorlage zu ändern, um möglichst gut durch die Volksabstimmung zu kommen, ist ein unwürdiges Vorgehen. Es handelt sich um einen Etikettenschwindel und eine Verschleierung von Tatsachen. In der Vorlage geht es um die Abschaffung des Bildungsrates, den es in dieser Form nicht mehr geben soll. Die Rednerin hat Verständnis für das Vorgehen der Befürworter. Immerhin ist es das x-te Mal, dass man dem Volk vorschlägt, den Bildungsrat abzuschaffen. Das lässt sich schlecht verkaufen. Die SP-Fraktion wird diesem Antrag sicher nicht zustimmen.

Simone Abt (SP) redet in eigener Sache. Dieser Antrag kommt einem riesigen Haufen Sand gleich, der dem Volk in die Augen gestreut wird. Das Volk hat dem Bildungsrat mehrfach sein Vertrauen ausgesprochen. Den Titel umändern zu wollen ist infam. Es handelt sich um einen schlimmen Versuch der Schönung. Die Rednerin wendet sich an die Antragsteller und bittet sie, ehrlich zu bleiben und zu sagen, dass sie den Bildungsrat abschaffen wollen. Dies ist gegenüber dem Bildungsrat eine feindselige Vorgehensweise. Die Votantin bittet, den verlogenen Antrag abzulehnen.

Kommissionspräsident **Christoph Hänggi** (SP) richtet die Frage an den Landschreiber, ob es sich dabei um einen erlaubten Antrag handle. Der Titel, auf den man sich nun bei dieser Gesetzesänderung bezieht, ist nicht der Titel der Vorlage, sondern der Titel der ursprünglichen Motion von Paul Hofer «Verfassungskonforme Entscheidungen – Abschaffung Bildungsrat». Der Redner glaubt nicht, dass rückwirkend der Titel der Motion von Paul Hofer geändert werden kann.

Pascal Ryf (CVP) kann juristisch keine Antwort geben, ist aber der Ansicht, dass der beantragte Titel sehr euphemistisch sei. Dem Volk ist nicht klar, was wirklich kommt. Es ist ein Etikettenschwindel. Vom Volk muss entweder ein klares Ja oder Nein zum Bildungsrat kommen. Diesbezüglich kann man unterschiedlicher Meinung sein. Ein euphemistischer Titel ist keine Lösung, weshalb die CVP/BDP-Fraktion den Antrag einstimmig ablehnt.

Florence Brenzikofer (Grüne) sagt, dass auch die Grüne/EVP-Fraktion den Antrag einstimmig ablehne. Es handelt sich dabei um ein faules «Buebetrickli» der FDP. Der Titel ist gesetzt und so soll die Gesetzesänderung dem Volk vorgelegt werden. In den letzten zehn Jahren wurde bereits dreimal darüber abgestimmt. Es ist eine Zwängerei.

Paul R. Hofer (FDP) stellt die Frage: Wird bei der Annahme des Gesetzes ein Beirat Bildung geschaffen? Ja oder nein? Der Redner beantwortet sie gleich selbst: Ja, es ist nichts anderes als gerecht, sinnvoll und normal, das Volk zu fragen, ob es einen Beirat Bildung will oder nicht. Aus diesem Grund schlägt die FDP-Fraktion vor, den alten Titel, der nicht ganz korrekt ist, anzupassen.

Paul Wenger (SVP) stellt fest, dass die Meinungen des Landrates zu diesem Thema gemacht seien. Die einen wollen, die anderen nicht. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Paul Hofer. Was den Vorwurf des «Buebetrickli» anbelangt: Der Redner erlebte während seiner Zeit im Landrat manches «Buebetrickli». In der Politik ist dies ein Instrument, das hin und wieder angewendet wird, wie im Eishockey. Der Votant bittet die Landratspräsidentin, abstimmen zu lassen.

Jan Kirchmayr (SP) sagt, dass der Antrag einer bewussten Irreführung der Bevölkerung gleichkomme. Die Konsequenz des Gesetzes ist ganz klar die Abschaffung des Bildungsrates, was dem Willen von Paul Hofer entspricht. Alles andere sind alternative Fakten. «Mitwirkung im Bildungs-

wesen» – was soll eine Mitwirkung ohne Kompetenzen? Auch dabei handelt es sich um eine Irreführung und Verschleierung.

Florence Brenzikofer (Grüne) erinnert an ihre Ausführungen anlässlich der ersten Lesung und dem Wunsch ihrer Fraktion nach einem Gremium mit Kompetenzen. Aus diesem Grund wird das Konstrukt mit dem Beirat abgelehnt. Die Fraktion erreichte ein Schreiben aus dem Kanton Solothurn, wo der Erziehungsrat abgeschafft wurde. Diese Gefahr besteht auch hier. Dem Volk muss das vorgelegt werden, was in der Motion steht und da steht, dass der Bildungsrat abgeschafft werden soll. Das gebieten Fairness und Transparenz.

Andrea Heger (EVP) richtet sich an Paul Hofer: Die Vorlage soll dem Volk ermöglichen, zu wissen, worüber es abstimmt. Die Umwandlung des Bildungsrates in einen Beirat macht ihn zu einer regierungsrätlichen Kommission. Der Regierungsrat hat das Recht, sich beraten zu lassen. Dazu muss nicht das Volk befragt werden. Es muss aber wissen und entscheiden, ob es den Bildungsrat geben soll oder nicht. Für das Volk muss Klarheit herrschen.

Felix Keller (CVP) stellt die Frage, ob der Antrag rechtens sei. Kann man wirklich nachträglich den Titel einer Motion ändern, obwohl diese mit dem ursprünglichen Wortlaut überwiesen wurde? Bezüglich der Volksabstimmung besteht das Problem, dass man meinen könnte, es werde zusätzlich zum Bildungsrat noch ein Beirat gebildet.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) antwortet, dass der Titel Bestandteil des Landratsbeschlusses sei, weshalb er geändert werden kann.

Adil Koller (SP) gesteht ein, dass der Antrag von Paul Hofer rechtens sein mag. Es handelt sich jedoch um eine grässliche Stinkbombe, die auf das Parlament geworfen wird. Der Antrag führt dazu, dass man nicht mehr weiss, worum es genau geht. Alles ist nur noch Schall und Rauch. Natürlich hat Paul Hofer Recht, es geht um die Schaffung eines Beirates Bildung. Aber man muss ehrlich sein und den Antrag umändern. Der Votant stellt folgenden Gegenantrag:

Abschaffung des Bildungsrates – Schaffung des Beirates Bildung

Dies wäre ehrlich und würde die Vorlage in ihrer Gesamtheit repräsentieren. Es geht auf der einen Seite um die Abschaffung des Bildungsrates und auf der anderen Seite um die Schaffung des Beirates Bildung.

Stefan Zemp (SP) betont, dass es sich bei dem Antrag um eine typische Verneblungsbombe handle, die einmal mehr losgelassen werde. Das Volk hat viermal gesagt, dass es den Bildungsrat wolle. Wenn die Gegenseite den Bildungsrat abschaffen will, dann soll sie dies laut und deutlich sagen.

Oskar Kämpfer (SVP) fände es angenehm, die Flughöhe der noch frühen Sitzung wieder zu erhöhen. Einige Aussagen gehen in Richtung Ehrverletzung. Das Niveau soll dem Parlament wieder angepasst werden. Die Gegenseite hat das Gefühl zu wissen, was das Volk will. Der Redner weiss auch, was das Volk will. Das Volk verlangt von der Politik, dass sie aufzeigt, wohin es gehen soll. Ob das, was dahinter passiert, auch rechtens ist, kann das Volk selbst entscheiden. Der aktuelle Titel kommt einer Verneblung gleich, da die Schaffung des Beirates nicht klar daraus hervorgeht. Der Votant stellt den Antrag auf Schliessung der Rednerliste. Es wird weder verschleiert noch vernebelt. Diese Unterstellungen gehören nicht in den Landrat.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) erklärt, dass die Rednerliste nur geschlossen werden könne, wenn keine weiteren begründeten Anträge zu *Titel und Ingress* gestellt werden möchten. *[Es werden keine weiteren Anträge gestellt.]*

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) lässt über den Antrag auf Schliessen der Rednerliste abstimmen.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag von Oskar Kämpfer mit 59:24 Stimmen zu. Die Rednerliste wird geschlossen.

Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) stimmt mit der SP-Fraktion überein, dass die SVP- und FDP-Fraktion eine vollständige Abschaffung des Bildungsrates erreichen möchten. So lautete auch der Titel der Motion. Es ist bekannt, dass der Redner und Regina Werthmüller dieser Motion zugestimmt haben, weil genau diese Diskussion gewünscht war. Sowohl gegenüber Paul Hofer wie auch Regierungsrätin Monica Gschwind wurde betont, dass eine ersatzlose Abschaffung des Bildungsrates nicht in Frage kommt. Es wurde nach Lösungen gesucht. Die Vorlage zeigt einen Weg auf, der wesentlich weniger weit geht als das, was die FDP-Fraktion in der ursprünglichen Motion wollte. Es handelt sich um eine Kompromissvariante. Ein fundiertes, professionelles Gremium wird belassen, mit dem neuen Namen Beirat Bildung, welches das Amt für Volksschulen und die Regierungsrätin beraten wird. Aus dieser Perspektive ist der Titel «Abschaffung des Bildungsrates» falsch. Auch die Erwähnung der Schaffung des Beirates Bildung ist richtig. Der Redner möchte «Abschaffung des Bildungsrates» nicht im Titel haben. Dies impliziert, dass der Bildungsrat ersatzlos abgeschafft wird. Der Vorschlag von Paul Hofer ist adäquat und korrekt. Es wurde bereits einmal beim Lehrplan 21 der Fehler eines irreführenden Titels gemacht. Dieser lautete damals «Einführung Lehrplan 21». Gewisse Leute meinten, mit einem Ja, den Lehrplan 21 einzuführen und mit einem Nein dies abzulehnen. Es war jedoch genau umgekehrt. Solche Fehler gilt es zu vermeiden. Die Titel müssen dem Inhalt gerecht werden. Eine ersatzlose Abschaffung des Bildungsrates wird der Vorlage nicht gerecht. Deshalb wird der Antrag von Paul Hofer unterstützt.

Miriam Locher (SP) verweist auf den Antrag von Adil Koller, nämlich «Abschaffung des Bildungsrates – Schaffung des Beirates Bildung». Dies ist ein Titel, welcher der Vorlage gerecht würde. «Schaffung des Beirates Bildung» allein kommt einer Verschleierung der Tatsachen gleich. Es scheint, dass der Vorstoss damals unsorgfältig vorbereitet wurde, auch weil die Grundlagen gar nicht stimmen. Jetzt, mit der Volksabstimmung vor Augen, soll nachgebessert werden, um die Abschaffung des Bildungsrates zu erreichen. Ohne eine Anpassung würde man vor dem Volk verlieren, wie einige Male zuvor. Die Rednerin überlässt es der Gegenseite, noch fünf oder zehn Vorstösse zur Abschaffung des Bildungsrates einzureichen, solange ehrlich gesagt wird, worum es wirklich geht. Eine Zustimmung zum Antrag von Adil Koller ist folgerichtig, da dieser die wahren Tatsachen auf den Tisch legt. An Oskar Kämpfer: Einfach nach vorne schauen reicht nicht, man muss auch in die Vergangenheit schauen. Eine Zustimmung zum Antrag von Paul Hofer ist eine Zustimmung zu einer populistischen Änderung. Seid ehrlich zum Volk!

Andreas Bammatter (SP) äussert sich zum Prozess: Oskar Kämpfer hat Recht, wenn er die Rednerliste schliessen möchte. Er soll jedoch so fair sein, nicht nach einem eigenen Votum die Schliessung zu beantragen.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) stellt die Änderungsanträge Hofer und Koller einander gegenüber. Die Landratspräsidentin wiederholt die beiden Anträge. Antrag von Paul Hofer: «Mitwirkung im Bildungswesen – Schaffung des Beirates Bildung». Antrag Adil Koller: «Abschaffung des Bildungsrates – Schaffung des Beirates Bildung».

://: Der Landrat zieht den Antrag von Paul Hofer mit 44:40 Stimmen vor.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) stellt den Antrag von Paul Hofer dem Kommissionsantrag gegenüber.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag von Paul Hofer mit 45:40 Stimmen zu.

Ziffer 1

Keine Wortbegehren.

Ziffer 2

://: Die Motion 2016/017 wird mit 83:0 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschlossen.

Landratsbeschluss

Änderung des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002 (SGS 640): Mitwirkung im Bildungswesen – Schaffung des Beirates Bildung

vom 8. Februar 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Die Änderung des Bildungsgesetzes wird beschlossen.*
 - 2. Die Motion 2016/017 «Verfassungskonforme Entscheidungen – Abschaffung des Bildungsrats» wird als erfüllt abgeschlossen.*
-